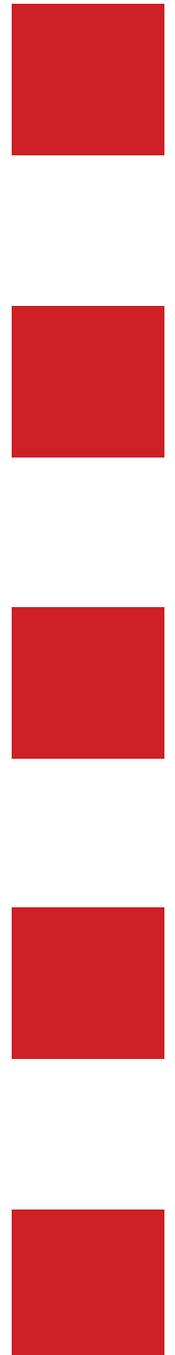


Alles Gute für das Jahr 2015



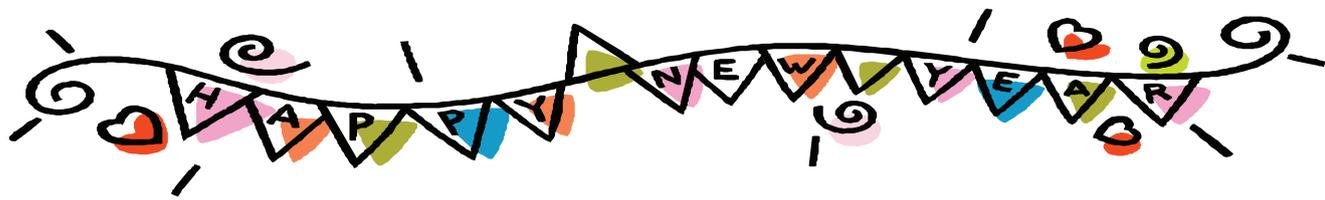
Personalräte schlagen Alarm

Seite 2

„Wir in Bremen sind es wert!“

Seite 6





„Hilf dir selbst, wenn dein Haus brennt!“

Am Anfang der gut besuchten Personalräteversammlung stand für Finanzsenatorin Karoline Linnert und Staatsrat Henning Lühr ein kurzer Feuerlöscheinatz: Die Spitze des Finanzressorts wurde von fachkundigen



Kollegen in den Umgang mit einem „Handlöschgerät“ eingewiesen. Damit sollen sie im Notfall trotz Personalmangels bei der Feuerwehr einen Brandherd schnell unter Kontrolle kriegen. „Hilf Dir selbst, wenn Dein Haus brennt“, rät der Personalrat der Feuerwehr angesichts häufig



unterbesetzter Wachen.

Rund 160 Personalräte, Frauenbeauftragte und Schwerbehindertenvertretungen hatten sich im Konsul-Hackfeld-Haus eingefunden, um mit der Senatorin für Finanzen, Karoline Linnert, über die Haushalts-sanierung und das Programm „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“ zu diskutieren.

Karoline Linnert machte deutlich, dass es aus der Sicht des Senats unumgänglich sei, die

mit dem Bund getroffene Vereinbarung zur Einhaltung der Schuldenbremse umzusetzen. Ein Ausstieg Bremens aus dem Sanierungspfad hätte ihrer Ansicht nach schwerwiegende Folgen und würde die Existenz des Landes Bremen aufs Spiel setzen. Sie verkenne nicht, dass Bremen in einigen, wenn auch nicht in allen öffentlichen Aufgabenbereichen schlechter ausgestattet sei als der Durchschnitt der Bundesländer.

Dies sei aber mit Blick auf die anderen Länder und auch auf die derzeit laufenden Verhandlungen über den zukünftigen Länderfinanzausgleich und eine Altschuldenregelung auch nicht anders möglich. Bremens Haushaltspolitik werde vom Stabilitätsrat sehr genau beobachtet.

Das Programm „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“ sei vor diesem Hintergrund als Ausdruck der intensiven Einsparbemühungen zu verstehen. Zum anderen versuche der Senat damit, neue Wege zu beschreiten und die Haushalte nicht allein durch pauschale Einschnitte beim Personal zu sanieren.

Die Personalräte haben in vielen engagierten Beiträgen auf die enormen Arbeitsbelastungen hingewiesen und Unterstützung gefordert.



Burkhard Winsemann

„Es geht uns darum, was nötig ist!“

„Uns Personalräten, Frauenbeauftragten und Schwerbehindertenvertretungen geht es nicht um das, was WÜNSCHENSWERT ist, wie uns die Senatorin für Finanzen unterstellt. Uns geht es darum, was NÖTIG ist für gute öffentliche Dienstleistungen und ordentliche Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Der öffentliche Dienst ist dazu da, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Dazu benötigt er eine ausreichende Finanzierung.“

Die eindrucksvollen und erschreckenden Berichte aus den Dienststellen machen deutlich: Kein Bereich wird ausgespart von der Kürzungspolitik. Es gibt schon lange keine ausreichende Finanzierungsgrundlage mehr. Wir alle haben die gleiche Problemlage, die wir hier gemeinsam und geschlossen deutlich machen.

Es ist ja nicht so, dass die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen nur in Bremen nicht



gesichert ist. In vielen Großstädten und Kommunen der Bundesrepublik sieht es so aus wie hier oder noch schlimmer. Öffentliche Dienstleistungen sind insgesamt nicht ausreichend finanziert. Dabei leben wir in einer reichen Gesellschaft. Der Staat muss sich das Geld nur holen, durch Steuergerechtigkeit, durch eine gerechte Steuerpolitik, durch eine faire Umverteilung, bei der die Rei-

chen mehr aufbringen für die Finanzierung des Gemeinwensens.

Was wir aber erleben ist, dass die Politik davon ausgeht, dass die Kolleginnen und Kollegen auf Kosten ihrer Gesundheit versuchen, gute öffentliche Dienstleistungen zu erbringen. Das macht krank, die Motivation schwindet, wenn sich die Mehrarbeitsstunden aufhäufen, wenn man nicht mehr weiß, wie

und wann man seine Aufgaben noch schaffen soll.

Um Rainer Kuhn zu zitieren: Wir erwarten einen Aufschrei der Politik angesichts der beschriebenen Zustände! Wir erwarten vom Senat und der Bürgerschaft, dass sie für eine ausreichende Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen sorgen!“



Doris Hülsmeier, Gesamtpersonalrat: „Öffentliche Dienstleistungen sind nicht ausreichend finanziert. Dabei leben wir in einer reichen Gesellschaft.“

„Wir können und müssen uns wehren!“

„Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Linnert, sehr geehrter Staatsrat Lühr,

für den Bereich Soziales im öffentlichen Dienst übernehmen auch wir vom Martinshof als Werkstatt für Menschen mit Behinderungen einen wichtigen Teil der Aufgabe, den bunten Vögeln, die wir Menschen sind, das Fliegen durchs Leben zu ermöglichen.

Diversity ist voll angesagt und lässt bunte individuelle Vögel zu.

Der Umgang, den wir gleichberechtigt miteinander unter dem großen Leitziel der Inklusion pflegen, ist respektvoll.

Respekt verlangen aber auch wir Beschäftigten im öffentlichen Dienst, wenn es um die Anerkennung der von uns geleisteten Arbeit geht und auch um die Wahrnehmung unserer Grenzen darin.

Wir in der Werkstatt erwarten, dass wir nicht 120 % leisten müssen, sondern dass eine notwendige Vertretungszeit anerkannt wird und damit in die Personalbemessung einfließt. Seit 2008 kämpfen wir für einen Vertreterpool. Noch vertreten wir uns einfach gegenseitig, leisten Mehrarbeit. Unsere KlientInnen und wir leiden darunter.

Dann auch noch Geld durch die Nicht-Nachbesetzung und den weiteren Abbau von Stellen zu sparen, ist echt das Allerletzte.

Jede Maschine wird geölt, gehegt und gepflegt, und abgeschaltet, bevor sie zu heiß läuft, sonst gibts richtig Ärger mit dem Chef. Aber mit uns Menschen wird umgegangen, als bräuchten wir keinerlei Fürsorge und Pflege. Marke: Sorgt doch für euch selbst, entspannt euch halt, treibt etwas Sport und lasst liegen, was nicht mehr geht, schraubt eure Ansprüche runter. Bremen ist Haushaltsnotlageland, da geht eben nicht mehr alles.

Bei uns in der Werkstatt Bremen bedeutet das schuldengerebteste „Liegenlassen“ dann, dass die bunten, ganz individuellen Vögel rumsitzen und lange

vergeblich auf ihre „personen-zentrierte Förderung“ warten können.

Sie sitzen grau und still mit gestutzten Flügeln in den Hallen, wo eine Fachkraft mit wenigen starken MitarbeiterInnen völlig überlastet versucht, die Produktion für Mercedes und andere Profitunternehmen am Laufen zu halten. Für die Mehrheit der 30 schwachen Vögel bleibt da eben keine Zeit und Kraft mehr. Die sitzen und warten auf bessere Zeiten, malen Mandalas und spüren, wie der Tag vergeht.

Und sie haben doch nur dieses eine Leben, um ihre Flügel entfalten zu können. Sie wissen es häufig nicht und können sich nicht wehren oder gar davonfliegen.

Aber wir können und müssen uns wehren:

Es gibt uns als Fachkräfte in der noch immer so genannten „Behindertenhilfe“. Wir sagen es weiter laut und deutlich und geben die Hoffnung nicht auf, gehört zu werden: Es braucht auch für die Förderung von erwachsenen Menschen mit Behinderungen mehr Personal! In Inklusion muss wie in Kitas und Schulen auch hier maßgeblich investiert werden, sonst bleibt gleichberechtigte Teilhabe nichts als eine leere Floskel.

Schulden haben keine Flügel. Die Menschenwürde ist mehr wert.“



Antje Goethe, Werkstatt Bremen: „Schulden haben keine Flügel. Die Menschenwürde ist mehr wert.“

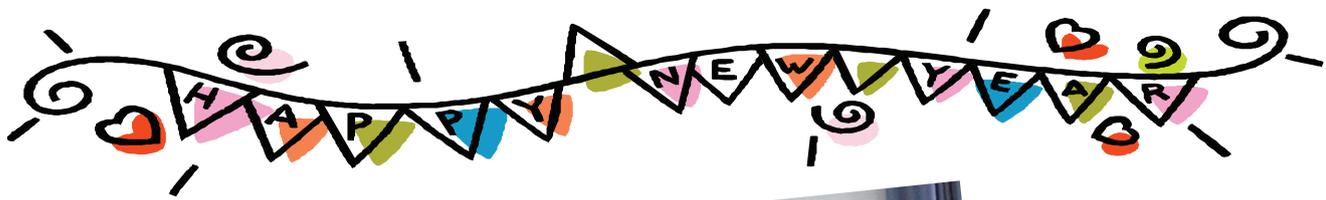


„Wir sind kein Kostenfaktor!“

Die Beschäftigten im bremischen öffentlichen Dienst haben das Empfinden, dass die Senatorin für Finanzen den Blick zu einseitig auf die finanzielle Situation des bremischen Haushalts hat. Dabei rücken die Menschen, insbesondere die Beschäftigten und ihre Nöte, zu stark in den Hintergrund. Um diese Empfindung am Abschluss der Versammlung zum Ausdruck zu bringen, hielten sich alle Anwesenden ein Plakat mit dem Euro-Zeichen vor das Gesicht. Anschließend nahmen es alle TeilnehmerInnen gleichzeitig herunter. Verbunden mit dem Wunsch wieder stärker in eine offene Debatte einzutreten.



Burckhard Radtke, Gesamtpersonalrat: „Ein attraktiver öffentlicher Dienst mit qualifiziertem Personal erfordert Einkommen, die mit Bedingungen vergleichbarer Unternehmen mithalten können.“



Ina Menzel, Gesamtpersonalrat:
 „Angesichts des Fachkräftemangels ist es absolut unverständlich, dass in der Steuerverwaltung nicht alle Auszubildenden übernommen werden, die die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben. Dies ist auch ein Verstoß gegen die mit der Senatorin für Finanzen abgeschlossenen Dienstvereinbarung Ausbildung.“



Dierk Stahl, Polizei Bremen: „Ein ständiger Zuwachs an Aufgaben und steigende Einsatzbelastungen innerhalb der Polizei Bremen machen dringend mehr Personal erforderlich. Aber die Polizei wird im Laufe des Jahres 2015 sogar ihre Sollstärke unterschreiten. Berücksichtigt man, dass die Polizeibeschäftigten ca. 290.000 Überstunden vor sich herschieben, sind spürbare Einschnitte bei der Aufgabenwahrnehmung unumgänglich, falls nicht deutlich bei den Einstellungen nachgelegt wird.“



Petra Lichtenberg, GEW: „Der Unterricht ist scheinbar personell abgedeckt. Doch unendlich viele - unbezahlte - Mehrarbeitsstunden von Lehrerinnen und Lehrern, pädagogischen MitarbeiterInnen und SozialpädagogInnen, die statt ihrer eigentlichen Aufgaben Vertretungsunterricht geben müssen, und Klassen, die im Krankheitsfall aufgeteilt werden, sprechen eine andere Sprache.“



Stephan Schnaars, Justizvollzugsanstalt Bremen: „Wir wollen hier keinen Verwahrzollzug, wir wollen mit den Insassen arbeiten. Um sie auf das Leben in Freiheit so gut wie möglich vorzubereiten. Daher wollen wir keine weiteren Reduzierungen des Personals.“



Dörte Scholz, Stadtamt: „Unser Stadtamt ist - wie auch im Koalitionsvertrag beschrieben - die Visitenkarte der öffentlichen Verwaltung in Bremen. Die Bürgerinnen und Bürger kommen zu uns mit ihren Anliegen aus allen Lebenslagen. Leider sind die personellen Engpässe nicht mehr zu übersehen! Trotz der positiven Einstellung der Kolleginnen und Kollegen leiden diese unter der ständigen Überforderung - was sich immer mehr auf die Bürgerinnen und Bürger auswirken wird. Die im Stadtamt dringend benötigten Gelder für die Gesundheitsförderung werden ebenso eingespart wie die finanzielle Unterstützung für organisatorische Verbesserungen.“



Rainer Kuhn, verdi: „Zum Wohle der Stadt Bremen und ihrer BürgerInnen muss der öffentliche Dienst wieder Verantwortung für die Abfallwirtschaft übernehmen. So wie es andere Großstädte vorgemacht haben. Das können wir auch. Der Senat muss dies erkennen und sich für die Rekommunalisierung positionieren. Die zu erwartenden Einnahmen können sinnvoll für die Bürgerinnen und Bürger genutzt werden.“



Grit Wetjen, KiTa Bremen: „Wir von KiTa Bremen leisten eine wichtige Arbeit für die Familien und die Kinder in Bremen. Wir sorgen mit unserer Arbeit für eine gute Integration von MigrantInnen und unterstützen die sprachliche, soziale und motorische Entwicklung unserer Kinder. Um dafür dauerhaft qualifiziertes Personal halten zu können und neue KollegInnen zu bekommen, ist eine verbesserte Bezahlung unserer ErzieherInnen dringend erforderlich.“



Niels Eichler, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr: „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr haben viele Fragen. Der Personalrat hat 26 dieser Fragen in einem Kalendarer bis zur Bürgerschaftswahl für Frau Linnert zusammengefasst. Eine Frage pro Woche bis zur Wahl - um Antwort wird gebeten. Ein Beispiel: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, die Beamtinnen und Beamten erhalten schon jetzt deutlich geringere Bezüge als ihre Kolleginnen und Kollegen in den Nachbarbundesländern. Wann und wie wollen Sie diese Ungerechtigkeit beseitigen?“ (Stand 21.11.2014: Leider hat die Senatorin für Finanzen bis heute noch keine Frage beantwortet.)



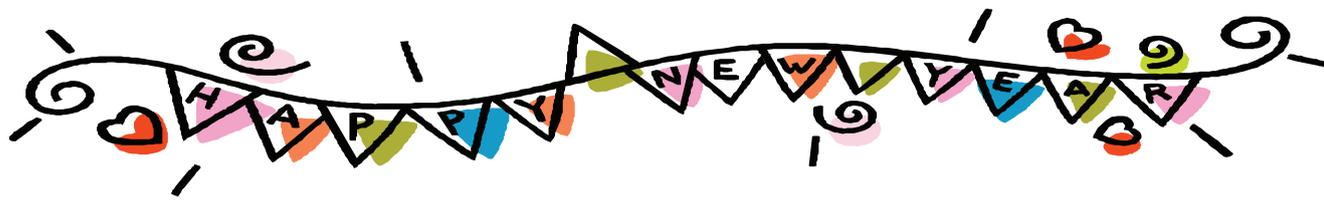
Christel Wienrich, Universität Bremen: „Nur halb so viel Personal wie im Bundesdurchschnitt erledigt die Aufgaben in Verwaltung und Technik in der Universität. Der Wissenschaftsplan 2020 zementiert die Unterausstattung auf Kosten der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen.“



Gero Sieling, Finanzamt für Außenprüfung: „Der Senat setzt die langjährige Forderung der Interessenvertretungen nach zehn zusätzlichen BetriebsprüferInnen endlich um. Wir freuen uns und dem neuen KollegInnen, denn sie bringen uns auf die jedoch nur halbherzig. Die Stellen werden erfolgt Kreis der SteuerbeamtInnen besetzt werden. Das führt zu großen personellen Löchern in anderen Abteilungen. Dort werden die ohnehin belastenden Bedingungen noch schwieriger. Es muss mehr Personal von außen eingestellt werden.“



Bernd Bauer, Feuerwehr Bremen: „In beispielloser Art wurden die Feuerwehr Bremen seit Mitte der 90er Jahre mit einem Spardiktat belegt. Die Belastungen der Kolleginnen und Kollegen hat in einem Maße zugenommen, dass die Grenze des Verantwortbaren überschritten wurde.“



Besoldungsgesetz ist eine Mogelpackung

Das Gesetz zur Besoldung und Versorgung der bremischen Beamtinnen und Beamten ist beschlossen. Zu Diskussionen mit den Betroffenen waren weder der Senat noch die Regierungsfractionen bereit. Ohne Debatte passierte das Gesetz die Bremische Bürgerschaft. Wesentliche Kritikpunkte der im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) organisierten Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP sind nicht behoben worden.

Weniger Ruhegehalt für alle VersorgungsempfängerInnen

Durch das Gesetz, vorgeschlagen durch den Senat, erhalten alle VersorgungsempfängerInnen dauerhaft weniger Ruhegehalt. Die Erhöhung der Ruhegehälter wird um insgesamt 0,4 % (jeweils 0,2 % für 2013 und 2014) geringer ausfallen. BeamtInnen haben bereits vorher erhebliche Reduzierungen der Versorgungs-

ansprüche hinnehmen müssen. Diese weitere Kürzung ist nicht gerechtfertigt und entbehrt jeglicher Grundlage. Sie führt zu einer Absenkung der Versorgung im Vergleich zur Besoldung.

Für die VersorgungsempfängerInnen bis zur Besoldungsgruppe A 10 sind die Auswirkungen am stärksten zu fühlen. Sie werden nach Inkrafttreten des Gesetzes 0,4 % weniger Versorgungsbezüge erhalten als 2013. Hierdurch wird die vom Senat behauptete soziale Staffelung ad absurdum geführt.

Erneute Abkopplung der bremischen BeamtInnen von der allgemeinen Besoldungsentwicklung

Das Einkommen aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst bleibt bereits seit vielen Jahren hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurück. Die bremischen BeamtInnen liegen im bundesweiten Vergleich - je nach Besoldungs-

gruppe - im hinteren Mittelfeld bzw. fast am Schluss der Vergleichslisten. Mit dem Gesetz wurde die in den letzten Jahren ohnehin entwickelte Schlechterstellung fortgeschrieben und verstärkt. Die Abkopplung der Besoldungsstufen ab A 11 bedeutet eine lebenslange Benachteiligung der bremischen BeamtInnen.

Die Gewerkschaften halten das neue Gesetz weiterhin für verfassungswidrig. Wir streben eine zeitlich- und inhaltsgleiche Übertragung an und führen deshalb die begonnenen Klageverfahren fort.



Oliver Bandosz, ver.di-Tarifkordinator und Landesbeamtensekretär



Petra Lichtenberg, GEW-Landesvorstandssprecherin



Jochen Kopelke, GdP-Landesvorsitzender Bremen

„Wir in Bremen sind es wert!“

Da die Arbeitgeber sehr wenig Interesse an der Verbesserung der Bezahlung und der Arbeitsbedingungen haben, sind Tarifverhandlungen notwendig. Die Tarifverhandlungen und die damit verbundenen Aktionen haben eine große Bedeutung, denn ohne den dadurch entstehenden Druck werden die Gewerkschaften notwendige Verbesserungen nicht erreichen können. Seit 2005/2006 sind wir in den Tarifrunden ohne Warnstreiks nicht ausgekommen.

Auch die Beschäftigten der Länder sollen am Reichtum dieses Landes teilhaben und mit Selbstbewusstsein für eine gerechte Entlohnung ihrer Arbeitsleistung eintreten. Für die gesellschaftliche und die wirtschaftliche Entwicklung nehmen der öffentliche Dienst und die darin Beschäftigten eine wichtige Rolle ein. Durch die geforderte zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifer-

gebnisse auf die verbeamteten KollegInnen wird deutlich, dass es eine starke wechselseitige Beziehung der Einkommen gibt. Kolleginnen und Kollegen sind aufgefordert sich einzubringen und unterschiedliche Aktivitäten vorzubereiten.

Der Vorstoß des Landes Niedersachsen, die Besoldung der BeamtInnen schon im Vorgriff auf die Tarifrunde 2015/2016 einseitig gesetzlich festzulegen, soll erkennbar demobilisierend wirken und sich negativ auf die Tarifverhandlungen auswirken. Eine höhere Tarifforderung der Gewerkschaften könnten die Arbeitgeber mit dem Argument einer „Gerechtigkeit“ ablehnen. Dieses Verhalten sind wir nicht bereit zu akzeptieren. Eine Umkehr des Grundsatzes „Besoldung folgt dem Tarif“ könnte zu einem einseitigen Tariffiktat statt zu Tarifverhandlungen führen. Diese Spaltung der Beschäftigten werden wir nicht zulassen.

Weiterhin drohen die Arbeitgeber mit Verschlechterungen der VBL. Geht es nach ihnen, soll massiv in das Leistungsrecht eingegriffen werden. Auch wenn die VBL nicht Gegenstand dieser Tarifrunde sein kann, da sie in einem getrennten Tarifvertrag geregelt ist, lassen die Vertreter der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) an diesem Punkt nicht locker. Bewusst greifen sie damit das Niveau der Altersversorgung an und stellen eindeutig eine Verbindung zur anstehenden Tarifrunde her.

Die Probleme der öffentlichen Kassen sind von der Politik selbst verursacht. Durch Steuerreformen wurden überwiegend „Besserverdienende und Reiche“ entlastet. Es bedarf einer stärkeren Steuergerechtigkeit durch eine Umverteilung von oben nach unten. Eine Verbesserung der Konjunktur des deutschen Binnenmarktes kann es nur durch verbesserte

Einkommen der Beschäftigten geben.

Wir wollen für eine gerechte Entlohnung streiten nach dem Motto „Wir sind es wert!“.



ver.di-Tarifkordinator und Landesbeamtensekretär Oliver Bandosz

Endlich auch in Bremen: Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)

Eine Initiative von jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, unterstützt durch den Gesamtpersonalrat, steht kurz vor dem Erfolg: Wahrscheinlich noch in diesem Jahr wird die Bremische Personalvertretungsgesetz im Sinne der jungen Beschäftigten und Auszubildenden verbessern. Die bisherige Jugendvertretung wird zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV). Zukünftig können neben den wenigen Jugendlichen auch alle Auszubildenden, unabhängig vom Alter, die JAV wählen. Die Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen sind zusätzliche Mitglieder des Gesamtpersonalrats oder des Personalrats. Für den Gesamtpersonalrat sind drei JAV-Mitglieder zu wählen. In den Dienststellen mit fünf bis 20 Wahlberechtigten besteht die JAV aus einer Person, ansonsten aus zwei Personen.

Was macht die JAV?

Die Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen sind zusätzliche Mitglieder des Gesamtpersonalrats bzw. des örtlichen Personalrats. Sie nehmen an allen Sitzungen teil. In Angelegenheiten der Jugendlichen und Auszubildenden haben sie volles Stimmrecht, ansonsten dürfen sie in allen Angelegenheiten mitberaten. Sie können also die Interessen der Jugendlichen und Auszubildenden in den Dienststellen umfassend in die Arbeit der Personalvertretung einbringen und selbst Erfahrung in Personalvertretungsarbeit sammeln.

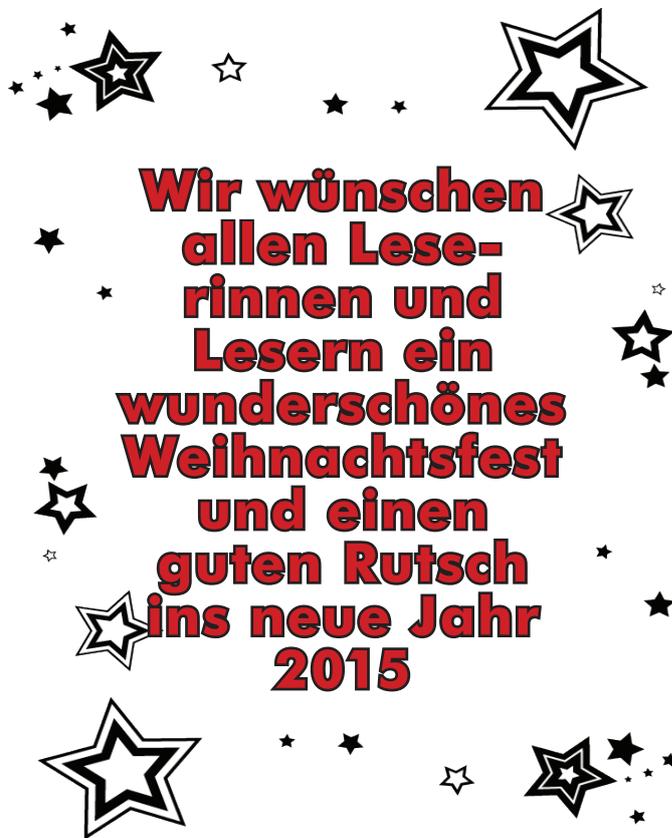
Längere Wahlperiode für Ausbildungspersonalräte (APR)

Eine weitere wichtige Forderung wurde ebenfalls umgesetzt: Die Wahlperiode für die Ausbildungspersonalräte wurde von 18 Monaten auf zwei Jahre verlängert. Diese Forderung war von Ausbildungspersonalräten der dreijährigen Ausbildungsgänge in den vergangenen Jahren wiederholt geäußert worden. Nun bleibt mehr Zeit, um als Gremium gemeinsam Erfahrung sammeln und besser

zusammenwachsen zu können, mehr Zeit für gute Vertretung der Auszubildenden. Die Mitgliedschaft im Ausbildungspersonalrat endet bei den mehr als 18 Monate langen Auszubildendenverhältnissen zukünftig auch nicht mehr automatisch mit der Beendigung der Ausbildung, sondern mit dem Ablauf der Wahlperiode. Ausbildungspersonalratsmitglieder, die nach der Ausbildung als Tarifbeschäftigte oder BeamtInnen übernommen werden, können daher ihre Tätigkeit bis zur Neuwahl des Ausbildungspersonalrats weiter ausüben. Durch diese Regelung wird der Übergang von einem APR zum nächsten erleichtert, Erfahrungen und Wissen der ausscheidenden Ausbildungspersonalräte können besser an den neugewählten APR weitergegeben werden.



Ina Menzel



MUMM

(08.12.2014 - Redaktionsschluss: 21.11.2014)

Herausgeber:

Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen
Knochenhauerstr. 20/25, 28195 Bremen

Presserechtl. verantwortlich:

Doris Hülsmeier,
Vorsitzende des Gesamtpersonalrats

Redaktionsteam:

Elke Kosmal-Vöge
Lars Hartwig
Kai Mües

Burckhard Radtke
Ivonne Weinhold
Burkhard Winsemann

Kontakt:

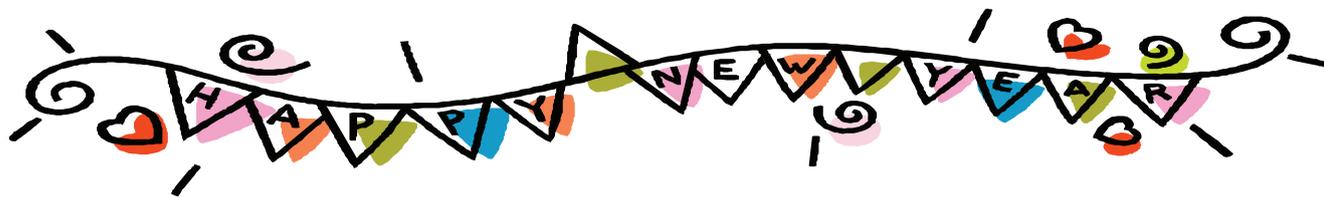
Telefon: 361-2215
Telefax: 496-2215
E-Mail: mumm@gpr.bremen.de

Fotos: wenn nicht anders angegeben: privat und MUMM-Redaktion, cliparts von Microsoft

Druck:

Druckerei Senatorin für
Finanzen

Die nächste Ausgabe von **MUMM** erscheint voraussichtlich im April 2015
Redaktionsschluss ist der 20. März 2015



Der Mythos von der schwarzen Null

Unwiderstehlich wie der Gesang einer Sirene

Griechenland hat in den letzten Jahren ja nicht so viel gute Presse bei uns, vor allem wegen der hohen Staatsschulden. Aber Hochmut ist unangebracht. Griechenland ist nicht nur die Wiege der Demokratie; gera-

Genau genommen hat es ein Deutschland-gibt-nicht-genu-g-Geld-aus-Problem", stand neulich mit erfrischender Klarheit in der Washington Post. Europa stehe vor einer großen Depression, und das sei

desregierung wöge der Einsturz ihres finanzpolitischen Kartenhauses schwerer.

Doch wem außer Schäubles Eitelkeit nützt es, wenn wir späteren Generationen ein paar Milliarden Euro weniger Staatsschulden (und entsprechend weniger Bundesschatzbriefe) hinterlassen, dafür aber Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen verfallen lassen? Wird dadurch die Zukunft unserer Kinder verbessert oder werden nur neue Verwertungsmöglichkeiten für privates Kapital geschaffen? Wird allein das leuchtende Beispiel der deutschen Haushaltspolitik dazu führen, dass alle EU-Staaten - simsalabim - ihre Haushaltsdefizite abbauen können? Im Gegenteil, wenn Deutschland finanzpolitisch bremst, gerät der Rest Europas erst recht ins Schleudern.

Aus der griechischen Mythologie kennen wir die Sirenen; eine ihrer Verwandten hierzulande ist die Loreley. Die politische Anziehungskraft der schwarzen Null ist offenbar ungefähr genau so unwiderstehlich wie die Anziehungskraft des Gesangs einer Sirene. Und da ihr Gesang uns die Sinne raubt, ignorieren wir freudestrahlend, dass wir am Ende an einem Felsen zerschellen werden.



Simsalabim? Hilft es späteren Generationen, wenn wir ein paar Milliarden Euro weniger Staatsschulden hinterlassen, dafür aber Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen verfallen lassen?

de im „Land der Dichter und Denker“ sollten wir auch anerkennen, dass wir ohne die griechische Mythologie wenig gedichtet und ohne die Vorarbeit der griechischen Philosophen wenig gedacht hätten.

Nehmen wir zum Beispiel Heraklit: „Alles fließt“ ist seine bekannteste Erkenntnis, und damit meinte er nicht das Wasser, das in nicht wenigen öffentlichen Gebäuden in Deutschland durch die Decke kommt. Tatsächlich fließt allerdings nicht alles, zwei Dinge sind wie in Stein gemeißelt: Die Frisur der Bundesverteidigungsministerin und Wolfgang Schäubles „schwarze Null“.

Heute beziehen wir unsere Denkanstöße lieber aus den USA als aus Griechenland. Wenn wir das nur gerade an den richtigen Punkten täten. „Europa hat ein Deutschland-Problem.

Deutschlands Schuld.

Die Absurdität der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik kann allerdings nicht verwundern, wenn man bedenkt, wer hierzulande als „weise“ gilt: Nicht Philosophen, sondern fünf Professoren, die als Mitglieder eines irreführenderweise so genannten „Sachverständigenrates“ neoliberale Phrasen dreschen.

Da mag sich ein weltweiter Konjunkturreinbruch abzeichnen, da mag in Europa eine neue Rezession drohen – der Bundesfinanzminister hält eisern an der „schwarzen Null“ fest. Da mag allenthalben betont werden, wie wichtig gute Bildung von klein auf ist: Mehr Geld dafür auszugeben ist nicht drin – die schwarze Null hat Vorrang. Da mögen Brücken wegen Einsturzgefahr gesperrt werden - für die Bun-



Burkhard Winsemann